

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
 4509 Solothurn
 Telefon 032 627 20 79
 Telefax 032 627 22 69
 pd@sk.so.ch
 www.parlament.so.ch

A 074/2008 (VWD)

Auftrag Fraktion FdP: Angleichung der Praxis bei Einbürgerungen und Erteilung der Niederlassungsbewilligung (14.05.2008)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Praxis bezüglich der Auslegung und der Ermessensausübung im Verfahren der Einbürgerung und der Erteilung der Niederlassungsbewilligung (C-Ausweis) anzugleichen und die zuständigen Stellen entsprechend zu instruieren; und zwar so, dass die restriktivere Handhabung angewandt wird.

Begründung (14.05.2008): schriftlich.

Bei der Behandlung des Auftrags von Roman Stefan Jäggi betreffend Neuregelung des Erwerbs des Bürgerrechts tauchte die Frage auf, ob es möglich ist, dass eine Person die Voraussetzungen zur Einbürgerung eher erfüllt als diejenigen zur Erteilung der Niederlassungsbewilligung. Da diese Frage für die Behandlung des damaligen Auftrags nicht von entscheidender Bedeutung war, waren die diesbezüglichen Antworten der zuständigen Stellen nicht abschliessend. Es kristallisierte sich dabei indessen heraus, dass bezüglich der gesetzlichen Kriterien «Aufenthaltsdauer» bzw. «Wohnsitzdauer» und «keine Schulden» bzw. «ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen» verschiedene Massstäbe angewandt werden. Gemäss Auskunft der zuständigen Stellen wird bei der Berechnung der Aufenthaltsdauer im Verfahren zur Erteilung der Niederlassungsbewilligung der Aufenthalt mit einem F-Ausweis (vorläufige Aufnahme) nicht mitberücksichtigt, während im Einbürgerungsverfahren dieser Aufenthalt im F-Status an die Wohnsitzdauer angerechnet wird. Ebenso sollen im Verfahren zu Erteilung der Niederlassungsbewilligung bezüglich des Kriteriums «keine Schulden» strengere Anforderungen gestellt werden als im Einbürgerungsverfahren bezüglich des Kriteriums «ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen». Es ist stossend, dass diese unterschiedliche Auslegung und Ermessensausübung tatsächlich dazu führen kann, dass eher eine Einbürgerung vorgenommen als die Niederlassungsbewilligung erteilt wird. Mit einer Angleichung der entsprechenden Praxis bezüglich der erwähnten Kriterien ist dieser stossende Zustand zu beseitigen. Dabei ist jeweils die restriktivere Handhabung anzuwenden.

Unterschriften: 1. Claude Belart, 2. Yves Derendinger, 3. Beat Wildi, François Scheidegger, Alexander Kohli, Irene Froelicher, Beat Käch, Peter Brügger, Hubert Bläsi, Christian Thalmann, Remo Ankli, Kurt Henzi, Rosmarie Heiniger, Reinhold Dörfliger, Verena Meyer, Peter Müller, Christina Meier, Enzo Cessotto, Thomas Roppel, Philippe Arnet, Annikäthi Schlupe, Heinz Bucher, Markus Grütter, Beat Loosli, Robert Hess. (25)